

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen

DKP

Arme Stadt Reicher Konzern



Nach dem Paukenschlag im vergangenen Jahr – der Siemens-Konzern fordert von der Stadt Erlangen über 150 Millionen Euro Steuern zurück und reißt ein Riesenloch in die Stadtkasse – hat die Stadtspitze eine Haushaltssperre verhängt. Der einzige Ausweg, den die meisten Stadträtinnen und Stadträte nun sehen, sind drastische Kürzungen bei Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Ein Schreckensbeben nach dem anderen jagt durch die Stadt, da durch den Sparhaushalt nicht nur soziale und kulturelle Angebote gefährdet sind. Alles steht auf der Kippe: notwendige Maßnahmen zur Entspannung der Mietensituation ebenso wie

Investitionen in die Energie- und Wärmewende, den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel oder der Kinderbetreuung.

Städtische Kulturzentren wie das E-Werk haben eine Spendenkampagne ins Leben gerufen
<https://www.e-werk.de/helfen>

oder kämpfen wie das Lesecafé im Altstadtmarkt um ihre Existenz

[Lesecafé Anständig Essen e.V. \(Erlangen\) – Leuchtturm der Nachhaltigkeit erhalten! - Online-Petition](#)

Fortsetzung Seite 2

Merz macht mobil

Schwarz-rotes Regierungsprogramm stellt Weichen zur Kriegstüchtigkeit

Das ging schneller als gedacht. Keine fünf Tage nach der Vorstellung des Koalitionsvertrags von SPD, CDU und CSU räumte der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in der „Bild am Sonntag“ mit den ersten Versprechen auf. Ein Mindestlohn von 15 Euro? „Das haben wir so nicht verabredet.“ Die groß angekündigte Steuerentlastung für Beschäftigte? „Nein, die ist nicht „x.“ Und die Sorge, dass Bürgerinnen und Bürger am Ende der schwarz-roten Regierung weniger Geld in der Tasche haben? „Die Befürchtung ist aus heutiger Sicht sicherlich nicht unberechtigt.“

Neu ist das alles nicht. Wer den Koalitionsvertrag gelesen hat, weiß, dass es keine festen Verabredungen zum Mindestlohn gibt und dass alle Maßnahmen unter

Fortsetzung Seite 3

Inhalt Erlanger Rot:

Notabe Seite 4

Leserbriefe Seite 5

G A Z A Seite 6

Hupfla Begehung Seite 10

Buchempfehlung Seite 10

Nein zu Kürzungen Seite 11

Heraus zum 1. Mai Seite 12i

Fortsetzung v. Seite 1: Arme Stadt ...

Bereits länger beworben, nun aber umso dringlicher wird das von der Stadtratsfraktion *erlanger linke* vorbereitete Bürgerbegehren zum Erhalt von Wohnraum in der Stadt

[Wahlverein Erlanger Linke](#)

Mit dem Bürgerbegehren sollen

DGB. Unser Bürgerbegehren wird breit unterstützt.“

Wo geht eigentlich das ganze Geld hin, dass nun eingespart werden soll?

Siemens Healthineers hat für das Jahr 2023 vom Finanzamt knapp 500 Millionen Euro zurückerhalten und konnte so

Wem gehört eigentlich die Firma Siemens Healthineers? Kurz gesagt: Der Siemens AG, die einen Anteil von 73% der Aktien hält und damit Hauptnutznießerin dieses enormen Vermögens ist.

Eine arme Stadt können sich nur die ganz Reichen leisten. Die DKP Erlangen meint: Wir können uns diesen Geldstrom von unten nach ganz oben nicht mehr leisten. Eine andere Steuerpolitik muss endlich die Vermögenden belasten:

Vermögenssteuer wieder erheben

Kapitalertragssteuer anheben

Vermögensabgabe einführen

Und den Widerstand in der Stadt gegen die Kürzungspläne unterstützen! Bitte helft E-Werk, Lesecafé und anderen Einrichtungen mit eurer Unterstützung.

Die Regierungskoalition von Friedrich Merz hat allerdings ganz andere Pläne. Kommentare zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD:

Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident: Priorität hat die Stärkung der Wirtschaft, deswegen werden wir die Unternehmenssteuern senken.

Christoph Butterwege, Armutsforscher: Die Beschäftigten haben den Wohlstand geschaffen, von dem die Reichen profitieren. Inzwischen besitzen die fünf reichsten Familien ... so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung ... Die wachsende Ungleichheit ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine Gefahr für die Demokratie.

Lukas Eitel, Stadtrat der erlanger linke: Es muss endlich in Friedensfähigkeit, zivile Infrastruktur und soziale Gerechtigkeit investiert werden. **Wohnen statt Kanonen!**



120 Wohnungen gerettet werden, die von der Uni-Leitung abgeschafft werden sollen. Stadtrat Lukas Eitel hält das angesichts des krassen Wohnungsmangels in der Stadt für eine krasse Fehlplanung. Er erzählt, dass die Klinikleitung bisher zu keinerlei Kompromissen bereit sei. Lukas Eitel hat den Eindruck, als wäre schon die Vorstellung, dass Bürgerinnen und Bürger sich einmischen, eine Majestätsbeleidigung. Die Klinikleitung will weiter alle Beschäftigtenwohnungen aus dem Klinikviertel raushalten.

Allerdings erfährt das Bürgerbegehren jetzt schon breite Unterstützung, berichtet Lukas: „Der Personalrat der Uni-Klinik möchte die Beschäftigtenwohnungen erhalten. Genau wie die ver.di Betriebsgruppe und der Erlanger

nach Steuern (!) einen Gewinn von insgesamt 1,5 Milliarden Euro verbuchen. Die Manager wussten erstmal nicht, wohin mit dem vielen Geld, und haben für knapp 400 Millionen Euro eigene Aktien zurückgekauft. Mit Steueroptimierung und Aktienrückkauf wurde der rechnerische Unternehmenswert an der Börse enorm gesteigert. War die Firma Siemens Healthineers im Jahr 2023 an der Börse 53,6 Milliarden wert, betrug der Wert nur ein Jahr später 2024 schon über 60 Milliarden Euro! Innerhalb eines Jahres waren die Eigentümer also um mehr als sechs Milliarden Euro reicher geworden. Auch der Profit wurde nochmals um eine halbe Milliarde nach oben getrieben und betrug fast zwei Milliarden Euro. Macht dann insgesamt für das vergangene Jahr acht Milliarden!

Finanzierungsvorbehalt stehen. Doch weder SPD-Chef Lars Klingbeil noch die Mehrheit der deutschen Medien hatten bislang ein größeres Interesse am Wortlaut

gezeigt. Kein Wunder: Die SPD-Mitglieder müssen dem Vertrag erst noch zustimmen.

Möglicherweise ging es Merz mit seiner Ehrlichkeitso#ensive darum, sein angegrif#enes Image als konservativer Hardliner zu retten. Immerhin halten

68 Prozent der Bürgerinnen und Bürger seinen mit neuen

15.04.25, 12:58Merz macht mobil

Seite 2 von 4https://www.unserezeit.de/merz-macht-mobil-4802386/politischen Bedingungen begründeten Kurswechsel bei

der Schuldenbremse für nicht glaubwürdig, wie der „ARD-DeutschlandTrend“ ermittelte. Das zweite Ziel dürfte sein, den Streit um Brotkrumen in den Vordergrund zu rücken, um die zentralen Weichenstellungen auf dem Weg zur Kriegstüchtigkeit aus dem Fokus zu nehmen.

Neben dem „zunächst freiwilligen“ Wehrdienst und den unvorstellbaren Summen für die Hochrüstung geht es im Koalitionsvertrag auch um die Beseitigung von demokratischen Hürden. So wollen Union und SPD für die Bundeswehr „das Verfahren der Parlamentsbeteiligung in Beschaf#ungsfragen beschleunigen“.

Dafür soll der Schwellenwert, ab dem der Bundestag befragt wird, erhöht werden. Oder andersherum: Am schnellsten geht es, wenn das Parlament nicht mitentscheidet. „Gremium der gemeinsamen politischen Willensbildung“ soll künftig ohnehin ein „Nationaler Sicherheitsrat“ sein. Hinzu kommen ein „Nationaler Krisenstab“ und ein „Nationales Lagezentrum“.

Doch nicht nur Parlament und Regierungsstrukturen werden aufKriegstüchtigkeit getrimmt. Die Militarisierung soll sich durch die gesamte Gesellschaft ziehen. Die „Umrüstung und Ertüchtigung vorhandener Werke für die Bedarfe der Verteidigungsindustrie“ soll unterstützt, Häfen und Flughäfen zur militärischen Nutzung herangezogen



werden. An den Universitäten sollen „Hemmnisse, die beispielsweise Dual-Use-Forschung oder Auch zivil-militärische Forschungskoperationen erschweren, abgebaut werden“. Zugleich hagelt es Lippenbekenntnisse zur „Wissenschaftsfreiheit“ und dazu, dass Deutschland ein „Leuchtturm für freie Kunst und Kultur in der Welt sein“ soll. Aber Obacht: „Die bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt.“

Für das Ausland gelten andere Regeln. Schließlich sehen SPD und Union in der auswärtigen Kulturpolitik ein „wichtiges Element der Soft Power Deutschlands und damit ein strategisches Instrument im globalen Wettbewerb um Ansehen, Einfluss, Narrative, Ideen und Werte“. Die „strategische Auslandskommunikation“ soll deshalb „als geopolitisches Instrument noch wirkungsvoller an unseren Werten und Interessen ausgerichtet“ werden. Von Wahrheit oder Tatsachenbehauptungen wird in diesem Zusammenhang lieber geschwiegen.

Die gesamtgesellschaftliche Mobilmachung nimmt keine Rücksicht – auch nicht auf die Grundrechte oder Privatsphäre der Bürger. Im Handstreich verkündet der Koalitionsvertrag die Ausweitung der Kommunikationsüberwachung und die Einführung der höchst umstrittenen Vorratsdatenspeicherung.

Biometrische Daten sollen im Internet abgeglichen werden können und automatisierte Kennzeichenlesesysteme zum Einsatz kommen. Wie schon im Wahlkampf gefordert, soll eine „frühzeitige Erkennung entsprechender Risikopotenziale bei Personen mit psychischen Auffälligkeiten“ sicher gestellt werden. Dafür soll es ein „integriertes behördenübergreifendes Risikomanagement“ geben – in einfachen Worten: Die Daten psychisch kranker Menschen werden ausgetauscht, um sie zu überwachen.

Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Von Einschränkungen der Meinungsfreiheit über die verschärfte Beobachtung von vermeintlich „verfassungsfeindlichen“ Vereinen bis hin zu einer Asylpolitik, mit der die AfD von rechts angegrif#en werden soll. Es bleibt abzuwarten, wie die SPD Mitglieder – von denen in den vergangenen Monaten viele gegen die Migrationspolitik von CDU und AfD demonstriert haben – sich selbst dieses Gesamtpaket verkaufen. Dass es ihnen gelingt, ist allerdings zu befürchten



NOTABENE - WOHLGEMERKT

Wenn von der Lohnerhöhung immer weniger im Geldbeutel hängen bleibt ...

Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben haben es besser: Die Lohnerhöhung muss nicht jedes Jahr beim Chef erbettelt werden, sondern wird in Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden ausgehandelt. So erhalten die Kolleginnen bei Städten, Gemeinden und Bundesverwaltung ab 1. April 2025 3 % mehr Lohn, mindestens aber 110 Euro. Auch die Kollegen bei Siemens, Schaeffler oder Thermofischer erhalten ab 1. April 3 % mehr Entgelt. Die Beschäftigten der Post erhalten laut neuem Tarifvertrag nur 2 % mehr ab 1. April. Geschenkt bekommt die Lohnerhöhung allerdings niemand. Tarifverträge sind das Ergebnis von Organisation, Entschlossenheit,

Warnstreiks und Streiks sowie starken Verhandlungsgruppen der Gewerkschaften.

Egal, ob mit Tarif oder ohne: Nahezu alle lohnabhängig Beschäftigten spüren, dass von der Lohnerhöhung immer weniger im Geldbeutel hängen bleibt. Das liegt an den Preissteigerungen, verursacht etwa durch profitgierige Wohnungskonzerne oder eine Politik, die immer mehr Steuerschlupflöcher für Großunternehmen schafft, verursacht auch durch den weltweiten Wettbewerb um Einfluss und Marktmacht, durch Handelskriege und bewaffnete Kriege. Die Inflation kann viele Ursachen haben. Sie hat aber verheerende Wirkungen auf die Löhne und Lebensbedingungen der Mehrheit. Vom gezahlten NOMINALLOHN bleibt angesichts steigender VERBRAUCHERPREISE immer weniger

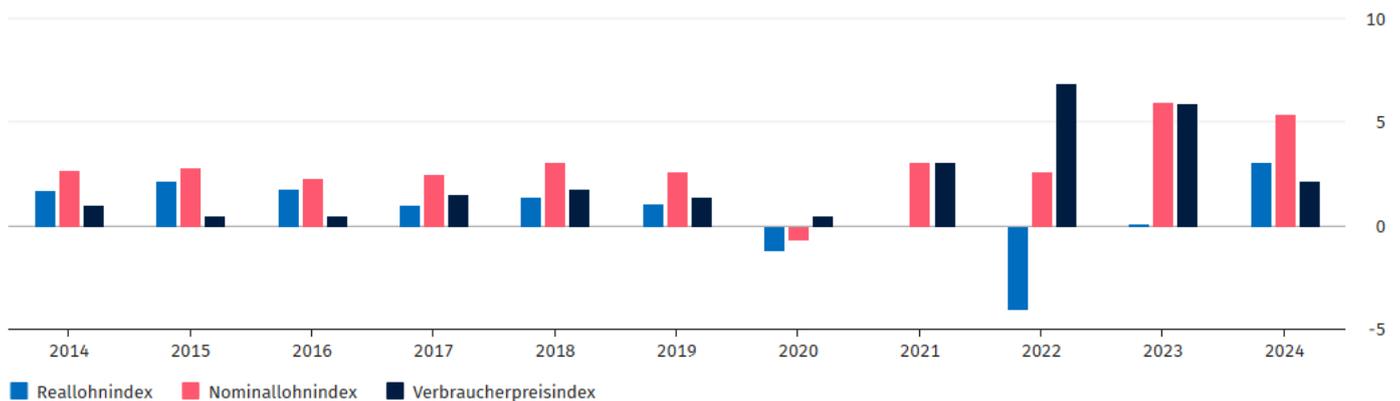
REALLOHN übrig. Wie die Grafik zeigt, lag der Reallohn nur in den Jahren 2014 bis 2016 über der Inflation. Damit konnten aber kaum die Verluste ausgeglichen werden, die während der vorangegangenen weltweiten Wirtschaftskrise durch Kurzarbeit und Massenarbeitslosigkeit entstanden waren. Seit 2017 liegen die Löhne zum Teil weit unter der Preissteigerung: Vergleiche mal die blauen und schwarzen Balken. Was tun? Natürlich weiter die Gewerkschaften stärken, sich organisieren und gemeinsam und solidarisch um mehr Lohn kämpfen. Und am besten auch gemeinsam gegen Kriege, Hochrüstung und „Sparhaushalte“.

Her mit dem guten Leben!

I. P.

Entwicklung der Reallöhne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

Bis auf die Jahre 2014-2016, in denen es gelang, einiges auszugleichen von den hohen Lohnverlusten aus der Banken- und Finanzkrise der Jahre 2008-2011, bis auf diese nachholende Entwicklung also haben wir in den vergangenen sieben Jahren wieder massive Verluste. Die Kaufkraft schwindet wie Schnee in der Sonne. Die Armut steigt. Oder wie eine Berliner Soziologie-Professorin neulich schrieb: Fahr mal morgens um sechs Uhr mit der U-Bahn, da siehst du die Armut. Dito in Erlangen: Ich muss gar nicht die Bettelordnung der Stadt kennen oder die Flaschenpfand-Sammelei betrachten. Fahr mal morgens um sieben mit dem Bus, da siehst du die Armut – auch die der Kinder.

Endgültig Schluss mit den braunen Straßennamen

Es gab bereits in den frühen Achtziger Jahren unserer Stadt eine Initiative der Friedensbewegung, die kompromisslos die Umbenennung von Straßen gefordert hat, wenn sie Namen von Nazis oder Kriegstreibern trugen. Beispiele dafür sind: Die (Oberst-von-) - Drausnickstraße, die Moltkestrasse, die Hindenburgstrasse und viele andere. – Dazu gehörte damals auch schon die Erwin-Rommel-Straße.

Es ist eine sehr wichtige und lobenswerte Aktion, wenn jetzt endlich eine neue Studentische Initiative wieder die Umbenennung der Straße fordert! Über die von Erwin Rommel verübten Kriegsverbrechen während des Afrikafeldzuges wurde er bereits in der NS-Zeit zum militärischen Idol hochstilisiert. Und die recht extreme Szene (unter dem großen Deckmantel der AfD) macht kein Hehl daraus, dass er auch heute noch – nicht heimlich, sondern un-

heimlich - als „verdienter Kriegsheld“ verehrt wird. Damit muss endlich und sofort Schluss sein! Herzlichen Dank an all jene, die sich jetzt engagiert dafür einsetzen, dass sein Name endlich von den Straßenschildern in der Sebalduessiedlung verschwindet. – Lasst uns alle gemeinsam dafür wirken!

Behinderung einer Erlanger Friedensveranstaltung

Leserbrief

Sehr geehrte EN-Redaktion,

zu der Auseinandersetzung um die Veranstaltung des Erlanger Friedensbündnisses zum Nah-Ost-Konflikt übermittle ich Ihnen nachfolgend einen Leserbrief:

Behinderung einer Erlanger Friedensveranstaltung

Im Zentrum der Veranstaltung des Erlanger Friedensbündnisses steht die aktuelle Situation in Israel-Palästina und die katastrophale, humanitäre Lage in den Kriegsgebieten im Gazastreifen.

Die israelische Regierung wird aktuell vom Auswärtigen Amt Deutschlands aufgerufen, die Versorgung der im Gazastreifen lebenden palästinensischen

Bevölkerung mit Strom und humanitärer Hilfe wieder aufzunehmen. Es ist eine unvorstellbare menschliche Katastrophe, die durch die Rechtsregierung Israels herbeigeführt wurde. Sowohl Strom- wie Wasserlieferungen und auch die Lebensmittelversorgung werden fortwährend unterbrochen bzw. behindert.

Das Vorgehen der israelischen Behörden in den letzten 13 Monaten hat zur Vertreibung von mehr als 90 Prozent der Bevölkerung von Gaza – also etwa 1,9 Millionen Palästinenser*innen – geführt.

Die bedauerliche Aufkündigung des angemieteten Veranstaltungsraumes in St. Bonifaz, Erlangen stellt das

Erlanger Friedensbündnis nun kurzfristig vor organisatorische Probleme. - Auch wenn ein Alternativ-Saal für die Veranstaltung am 13.3.25 in Sicht ist, empfinde ich es sehr schade, dass von verschiedenen Organisationen offenbar mit viel Engagement daran gearbeitet wird, die Veranstaltung zu verhindern. Eine Streitbare und gemeinschaftliche Diskussion wäre bei der Veranstaltung der konstruktivere Weg gewesen. – Die Diskussion um die Beendigung des Krieges und einen nachhaltigen Frieden in der Region liegt auch vielen Erlangerinnen und Erlangen am Herzen. Das Gespräch dafür zu ermöglichen ist ein Verdienst des Erlanger Friedensbündnisses.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Werner Lutz

G a z a:

„ZERSTÖREN, AUSLÖSCHEN, VERBRENNEN“

Dienstag, 18. März, 2:20 Uhr Ortszeit im Gazastreifen: Dies war der Zeitpunkt, den Israel für seine Angriffe in der Enklave gewählt hatte.

Das Timing war darauf ausgelegt, möglichst viele zivile Opfer zu fordern, da sich die Familien im Gazastreifen während des heiligen Monats Ramadan zu diesem Zeitpunkt zum Essen und Beten versammelten, selbst wenn sie nur wenig oder gar nichts zu essen hatten.

Der Präsident der USA, Donald Trump, hatte seine Zustimmung zu diesen Angriffen gegeben, die gegen alle Aspekte des Waffenstillstandsabkommens verstießen, das in Anwesenheit internationaler Garanten unterzeichnet worden war. Von diesem Moment an ist kein Vertrag, kein Waffenstillstand und keine internationale Vereinbarung, die die USA unterzeichnen, das Papier wert, auf dem sie gedruckt ist.

So wurde der 18. März zu einem der tödlichsten Tage in Gaza seit Beginn des Krieges im Oktober 2023. Innerhalb weniger Stunden wurden bei Luftangriffen mehr als 400 Palästinenser:innen getötet, darunter mehr als 180 Kinder und 90 Frauen. Ganze Familien wurden ausgelöscht.

In den israelischen und den westlichen Mainstream-Medien werden sie jedoch als Angriff auf die Hamas dargestellt.

Avi Ashkenazi, Militärkorrespondent der rechtsgerichteten israelischen Zeitung Maariv, schrieb, dass "Israel beim ersten Angriff so viele Hamas-Mitglieder wie möglich treffen wollte". Er fügte

hinzu, dass der muslimische Fastenmonat "bei der Durchführung der Mission half". "Der Shin Bet und der Militärsicherheitsdienst haben die Adressen vorbereitet, an denen sich Hamas-Mitglieder aufhalten und das Abendessen einnehmen sollten", schrieb Ashkenazi.

Orly Noy, eine Journalistin der israelischen Nachrichtenseite Local Call, sagte gegenüber Middle East Eye, dass die voreingemerkte israelische Berichterstattung über die Angriffe, die von den westlichen Medien übernommen werden, Teil eines umfassenderen Phänomens sei.



Ein toter „Hamas-Terrorist!“

Die meisten westlichen Medien haben die Sprachregelung Israels, gegen dessen Regierungschef ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes wegen Kriegsverbrechen vorliegt, übernommen, dass die Angriffe Hamas-Kommandozentralen galten. In einigen Fällen wurden alle Getöteten als Terroristen bezeichnet.

"Die israelischen Medien haben einen alternativen Jargon erfunden, um palästinensische Widerstandsaktionen zu beschreiben", sagte Noy. "Für die israelischen Medien gibt es keinen Unterschied zwischen Angriffen auf Soldaten und Angriffen auf Zivilisten."

Laut Noy hat sich diese Terminologie während des Krieges ausgeweitet. "Die

israelischen Medien haben die Behauptung übernommen, dass es in Gaza keine Unschuldigen gibt.

Dies gilt auch für ARD, ZDF und die deutschen "Leitmedien": Keine Zivilisten mehr, nur noch "legitime Ziele", "menschliche Schutzschilde", "Terroristen", "Kollateralschäden". Der westliche Anschein von Zivilität ist vorbei.

"Es muss eine unabhängige Untersuchung der Verantwortung westlicher Medienkonzerne für die Verschleierung und Manipulation von Informationen über Israels offensichtliche Verbrechen geben. Während die Unmoral von Journalisten, die Filmmaterial gefallener Kollegen ausnutzen, ungestraft bleiben mag, müssen Führungskräfte, die an der Ermöglichung internationaler Verbrechen beteiligt sind, vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden."

Francesca Albanese, UN Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten,

25.3.2025,

<https://x.com/FranceskaAlbs/status/1904472140637761541>

Mehr Entmenschlichung

Noy fuhr fort: "Die Medien können es sich nicht leisten, die Palästinenser als menschlich darzustellen, sonst kann der Krieg nicht fortgesetzt werden."

In Israel hat eine Kultur des Völkermords gesiegt und legitimiert einen endlosen Krieg zur Vertreibung der Palästinenser:innen und für ein Groß-Israel.

Der Waffenstillstand, den Israel gebrochen hat, war ein Abkommen in drei Phasen, das

mit einer vorübergehenden Einstellung der Feindseligkeiten begann und zu einer dauerhaften Beendigung des Krieges und einem vollständigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen führen sollte.

Israel weigerte sich jedoch, wie vereinbart zur zweiten Phase des Abkommens überzugehen und strebte stattdessen eine Verlängerung der ersten Phase

Euro-Med Human Rights Monitor bezeichnet die tödlichen Angriffe auf Gaza als "eine Eskalation des Völkermordes".

Offenes Bekenntnis zum Völkermord

Israels Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, erläuterte am 21. März unmissverständlich über seinen offiziellen Kanal auf der Plattform



an, wodurch das Ende des Krieges und ein vollständiger Rückzug verzögert wurden.

Die Hamas weigerte sich, die erste Phase zu verlängern und bestand darauf, wie ursprünglich vereinbart zur zweiten Phase überzugehen.

Trotz der Verletzung des Waffenstillstands durch israelische Bombardierungen hat die palästinensische Bewegung ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die zweite Phase zum Ausdruck gebracht.

X, was Israels Plan für Gaza ist: "Zerstören, zerschmettern, abholzen, auslöschen, zermalmen, zertrümmern, verbrennen, grausam sein, bestrafen, ruinieren, zermalmen. Zerstören!"

Itamar Ben-Gvir ist als Minister für Nationale Sicherheit für die Umsetzung der Apartheid im illegal besetzten Westjordanland zuständig. Er befiehlt eine zionistische Miliz, die Siedler bei organisierten Angriffen auf palästinensische Zivilisten unterstützen. Der Internationale Gerichtshof (IGH) definiert Israels Besatzung der palästinensischen

Gebiete als illegal und als Apartheid.

Der israelische Verteidigungsminister Israel Katz drohte am 19. März, einen Tag nach Beginn der Wiederaufnahme des Krieges durch Israel, mit der "Endlösung": Er fordert die Freilassung aller israelischen Geiseln. Im Gegenzug würde Israel die Palästinenser:innen aus dem Gazastreifen vertreiben. Sollte diese Forderung nicht erfüllt werden, droht er mit der "totalen Verwüstung".

Katzs Aussagen sind nicht nur Rhetorik. Diese Worte spiegeln die Politik des israelischen Staates wider, die einem Kriegsverbrechen gleichkommt. Die Zerstörung ziviler Gebiete, die Zwangsumsiedlung und die Bedrohung einer ganzen Bevölkerung verstoßen gegen die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.

Die "letzte Warnung", ein Todesurteil

"Die internationale Gemeinschaft muss endlich begreifen, dass ihr Verbündeter Israel außer Kontrolle geraten ist."

"Die internationale Gemeinschaft muss endlich begreifen, dass ihr Verbündeter Israel außer Kontrolle geraten ist." Der ehemalige Erste Minister Schottlands, Humza Yousaf, hat ein Video veröffentlicht, in dem er Israels völkermörderische Rhetorik verurteilt, Gaza eine "letzte Warnung" zu geben, "da sie sonst, wie es heißt, ausgelöscht werden". "Dies ist keine Warnung. Es ist ein Todesurteil", so Humza Yousaf. Der schottische Abgeordnete sagt: "Jeder politische Führer, der diese Kriegsverbrechen ermöglicht, muss zur Verantwortung gezogen werden." (<https://x.com/MiddleEastEye/status/1903709910581596491>)

"Dies ist nicht die Beschleunigung eines Krieges - es ist die Beschleunigung eines Völkermordes, der in Echtzeit stattfindet. Wir haben versagt, Völkermord zu verhindern."

UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese

Die Welt schaut zu

Die arabischen Nachbarn Palästinas schauen den Kriegsverbrechen und dem Völkermord tatenlos zu. Aber sie sind nicht die Einzigen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer sowie Großbritannien, die so sehr darauf erpicht sind, Trumps Plan, die Ukraine mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin aufzuteilen, zu trotzen, tun absolut nichts, um das Gemetzel in Gaza zu stoppen. Im Gegenteil, sie liefern weiterhin Waffen für den Völkermord und geben mediale, politische, diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung.

"Israel vernichtet gezielt so viele Palästinenser wie möglich – unabhängig von Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand oder Religion – und setzt dabei alle verfügbaren Mittel ein. Dies ist ein offenkundiger Völkermord, und es ist absolut empörend, dass europäische Staaten weiterhin ihre wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Beziehungen zu Israel der Beendigung dieses Massakers vorziehen", empört sich Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete. (<https://x.com/FranceskaAlbs/status/1904192407635173580>)

Ein Tiefpunkt für die EU

Albanese kritisiert, dass die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas am 24. März mit dem israelischen Außenminister Gideon Saar in

Jerusalem eine Pressekonferenz abhielt.

"Ein schockierender Tiefpunkt für die EU: Einer ihrer führenden Politiker steht an der Seite des israelischen Außenministers, der einen Staat vertritt, der für die Tötung von 50.000 Menschen (in 16 Monaten) verantwortlich ist, 70% davon Frauen und Kinder, mit Waffen aus westlicher Produktion, während über 200.000 weitere Menschen unter lebenszerstörenden Bedingungen sterben könnten.

Und das alles, während israelische Politiker offen zu ethnischen Säuberungen aufrufen.

Und der analytische Rahmen, den Frau Kallas verwendet, ist: 'beide Seiten' 'in einem neuen Krieg'. Dies in Jerusalem, von dem ein Teil rechtswidrig besetzt bleibt.

Und kein Wort über die Verpflichtung Israels, seine rechtswidrige Anwesenheit in den nächsten 6 Monaten zu beenden, wie vom Internationalen Gerichtshof und der UN-Generalversammlung angeordnet wurde.

Nach internationalem Recht dürfen Staaten (und damit auch Organisationen von Staaten) rechtswidrige Bestrebungen nicht als rechtmäßig anerkennen oder unterstützen, doch genau das tut dieser Besuch. Warum spricht die Presse nicht darüber?" (<https://x.com/FranceskaAlbs/status/1905203650932130012>)

Deutschland: "Zusammenarbeit ausbauen, gerade jetzt"

"Wir bauen unsere Zusammenarbeit aus, gerade jetzt", sagt Bundesforschungsministerin Cem Özdemir (Grüne) zu 60 Jahren diplomatischer Beziehungen mit Israel, einem Staat, der gerade einen Völkermord begeht und dessen Regierungschef wegen Kriegsverbrechen von Internationalen Strafgerichtshof steckbrieflich gesucht wird.

Worüber wir diskutieren müssen

"... darüber zu diskutieren, was 'die IDF sagt' oder was 'das American Jewish Committee denkt'? Liebe Freunde: Israel hat in 16 Monaten fast 20.000 Kinder getötet. Bisher hat keine EU-Regierung die Beziehungen zu Israel abgebrochen. Darüber müssen wir diskutieren."
Francesca Albanese, 22.3.2025,

Israels Armee im Bluttausch

Der mörderische Angriff vom 18. März hat Israels Armee geradezu in einen Bluttausch versetzt. Ununterbrochen werden Zeltlager mit Zivilist:innen angegriffen. Gestern meldet das Gesundheitsministerium von Gaza, dass inzwischen mehr als 830 Palästinenser:innen, darunter 300 Kinder, dem Bombenterror zum Opfer fielen. Zehntausende sind wieder in die Flucht getrieben worden.

Alle 45 Minuten tötet Israel ein Kind in Gaza.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel mindestens 17.950 Kinder getötet, darunter 15.600 identifizierte. Das sind durchschnittlich 30 getötete Kinder pro Tag in den letzten 535 Tagen. Viele weitere liegen noch unter den Trümmern begraben, die meisten vermutlich tot. Viele der überlebenden Kinder haben das Trauma mehrerer Kriege erlitten, und alle haben ihr Leben unter dem bedrückenden Schatten einer israelischen Blockade verbracht, die jeden Aspekt ihrer Existenz von Geburt an beeinträchtigt hat. Journalist:innen, die über die Kriegsverbrechen berichten, werden von Drohnen oder Scharfschützen gezielt ermordet – und dann als Terroristen bezeichnet.

16 Mitglieder eines Rettungsteams von israelischen Streitkräften in Rafah hingerichtet

Israelische Streitkräfte haben 16 Mitglieder von Zivilschutz- und Roter-Halbmond-Teams in Tel Al-Sultan, Rafah, im südlichen Gaza-Streifen, hingerichtet. Der Rettungseinsatz war vorher mit dem Internationalen Roten Kreuz abgesprochen worden. Die Teams waren seit vier Tagen vermisst worden. Gestern wurden ihre Leichen in der Nähe einer Militärkaserne aufgefunden, alle ihre Einsatzfahrzeuge wurden absichtlich zerstört.

In Khan Younis ist das Nasser-Krankenhaus am Kollaps: Das Personal, dem die Ressourcen ausgehen, hat Mühe, den unaufhörlichen Strom von Verletzten zu bewältigen. "Kinder nach Kindern, junge Patienten nach jungen Patienten werden in die Operationssäle gebracht", berichtete der britische Chirurg Sakib Rokadiya, der sich freiwillig in der Einrichtung engagiert. Die meisten Opfer sind Frauen, Kinder und ältere Menschen. "Die Massenmorde wiederholen sich ständig. Hier herrschen Verzweiflung und Ohnmacht: Wir sind gezwungen, zu entscheiden, wer zuerst behandelt wird", fügte eine Krankenschwester hinzu.

Empörung löste vor einigen Tagen die totale Zerstörung des Türkisch-Palästinensischen Freundschaftskrankenhauses aus, das sich im Netzarim-Korridor befindet, der Gaza von Ost nach West teilt.

Israelische Streitkräfte sprengten am 21. März 2025 Gazas die einzige spezialisierte Krebsklinik in Gaza. Sie behaupten, das Krankenhaus habe als "Hamaskommandozentrale" gedient. Nach einem Angriff durch die israelische Armee war der Betrieb am 30. Oktober 2023 vollständig eingestellt worden. Die israelische Armee wandelte das Krankenhaus in einen Militärstützpunkt um und nutze es als Scharfschützenstellung, um diejenigen ins Visier zu nehmen, die versuchten, den Korridor zu überqueren.

Gestern wurde ein Freiwilliger von World Central Kitchen während der Essensausgabe durch einen israelischen Luftangriff getötet. Vor einer Woche gab die UNO bekannt, dass einer ihrer internationalen Helfer im UN-Gästehaus im Zentrum von Gaza durch Explosivkörper getötet und fünf weitere verletzt wurden.

Angesichts der sich verschärfenden Hungerkrise im Gazastreifen aufgrund der totalen Blockade hat der Direktor des Welternährungsprogramms in Palästina Alarm geschlagen und gegenüber Al Jazeera erklärt, dass die Ernährungssicherheit für mehr als 90 Prozent der Bevölkerung derzeit nicht gewährleistet ist.

"Wir haben zwar etwas Hilfe, aber sie ist von sehr schlechter Qualität", sagte er und wies auf die katastrophalen Bedingungen hin. Der Mangel an Kochgas ist nach wie vor ein großes Hindernis und erschwert die Bemühungen, Mahlzeiten bereitzustellen. Er forderte außerdem dringende Maßnahmen zum Schutz der Helfer und ein Ende der Blockade, die die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern behindert.

"Während der Waffenruhe kamen 500 – 600 LKW täglich in den Gazastreifen. Jetzt, nichts", sagt Philippe Lazzarini, Chef des UNRWA.

Gleichzeitig fliegt die israelische Luftwaffe Angriffe auf den Libanon – heute Vormittag wurde Beirut bombardiert -, und gegen Syrien. Israelische Truppen haben Teile Syriens besetzt. Israel droht, die gesamte Region in den Abgrund des Krieges zu reißen.

Doch nirgends gibt es Initiativen für eine "Koalition der Willigen", die Israel Einhalt gebieten und den Völkermord stoppen will.

HUPFLA



Die Begehung des Hupfla-Geländes hat inzwischen eine jahrelange Tradition. Auch in diesem Jahr waren Bürgerinnen und Bürger interessiert, den verbliebenen Restbau der Heil- und Pflegeanstalt zu besichtigen. Die Stationen führten an Stätten vorbei, die mit der in Erlangen stattgefundenen NS-"Euthanasie" verbunden sind. Unter anderem wie hier auf dem Foto, der Gedenkstein von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirkskrankenhauses für ermordete Patientinnen und Patienten

Werner Lutz

Leseempfehlung: *Kein Frieden in Nahost* Noam Chomsky

Wenn ich Fernsehen schaue, Radio höre und Zeitung lese, bekomme ich den Eindruck vermittelt, es gibt in den USA entweder Trump und seine Anhänger oder Biden/Harris mit ihrer Gefolgschaft und alle sind sich einig, dass die Amerikaner den Israelischen Staat Jahr für Jahr mit ganz vielen Milliarden Dollar und mit noch mehr Waffen bei ihrer Politik der Kriege unterstützen muss.

Dies stimmt jedoch so nicht. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es Menschen, die teilweise bereits Jahrzehnten ihre Stimme gegen diesen Kriegskurs aller bisherigen amerikanischen Regierungen erheben und sich für einen Prozess des Friedens, der allen Menschen in Nahost ein gutes Leben miteinander ermöglichen würde, einsetzen.

Einer der bekanntesten ist Noam Chomsky.

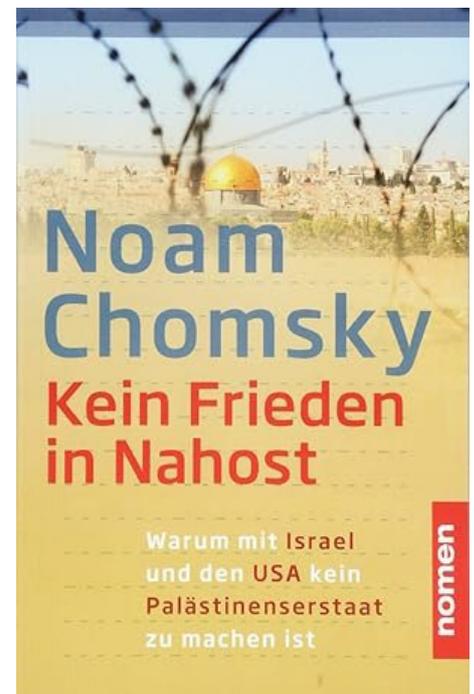
Legendärer

Sprachwissenschaftler an dem Massachusetts Institute of

Technology, jetzt in Rente, vielleicht der bekannteste Intellektuelle der Vereinigten Staaten. Er schreibt seit mehr als 4 Jahrzehnten gegen den Krieg und die auf Kriege angelegte Politik der israelischen und amerikanischen Regierungen an. Sein jüngstes Buch ist eine aktualisierte und überarbeitete Version seiner Beobachtungen und Gedanken zu diesem komplexen Themenbereich. Es hat den ebenso provokativen wie grausam wahren Untertitel: „Warum mit Israel und den USA kein Palästinenserstaat zu machen ist.“ Genauer, warum mit der seit dem Ende des 2. Weltkriegs dominanten Regierungspolitik beider Staaten, andere Menschen als jüdische in diesem Gebiet keine gleichberechtigte und menschliche Lebensqualität haben werden.

In diesem Buch sind die jüngsten Entwicklungen seit dem Überfall der Hamas nicht enthalten. Das furchtbare ist jedoch, dass

Chomsky schon damals die grundlegenden Ziele der israelischen Regierungen, die völligen Vertreibung aller nicht-jüdischer Menschen, vorhergesagt hat.



Er spannt den Bogen vom Anfang des Staates Israel bis Anfang des 21. Jahrhunderts.

Er macht sich die Mühe, alle bedeutsamen historischen

Ereignisse und Beschlüsse seit dem Rückzug der Engländer aus ihrem Protektorat nach dem Ende des 2. Weltkrieges anzuführen und gibt mir als Leser*in damit die Möglichkeit, zu verstehen, wie sich alles entwickelt hat und mir eine eigene Meinung zu bilden. Die Monroe-Doktrin (Vorrang amerikanischer Interessen weltweit) ist die Grundlage amerikanischen Regierungsdenkens und Handelns nicht nur in Lateinamerika, wofür sie 1823 entwickelt und vom amerikanischen Präsidenten James Monroe ausgesprochen wurde, sondern gilt für die amerikanischen Interessen global. Israel wiederum ist der wichtigste Verbündete/Vasall der USA in Nah-Ost und bezeichnet sich selbst als dritt oder viert mächtigste Militärmacht der Welt (inklusive geschätzter 200 Atombomben) und das Ziel israelischer Politik ist „Groß-Israel“. Er benennt die völlige Ignoranz durch beide Regierungen, mittlerweile völlig isoliert in der UNO, die jede

Resolution der UN und damit das Recht der palästinensischen Menschen, in ihrer Heimat zu leben, einfach ignorieren. Besonders wichtig finde ich, dass er sehr präzise den Unterschied zwischen „antisemitisch“ und „anti-zionistisch“ samt seiner historischen Gewordenheit erklärt. Ein sehr bedeutsamer Unterschied, der in unserem Land von unseren Regierungen und Massenmedien konsequent geleugnet und in seiner Verdrehung für die Durchsetzung einer bundesdeutschen Politik zur Unterstützung der israelischen Regierung missbraucht wird. Dieses Buch macht nicht heiter. Noam Chomsky begründet, warum er auf absehbare Zeit keine Lösung, keinen Frieden für die Menschen in dieser Region sieht. Frieden ist in den Konzepten in Washington und Tel Aviv nicht vorgesehen. Er hingegen begründet nachvollziehbar die prinzipielle Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens aller Menschen dieser Region mit allen Unterschieden in Religion, Kultur und dem jeweiligen Beitrag zu

einer blühenden Landschaft mit hoher Lebensqualität. Ich empfehle dieses Buch, weil ein Ende dieses unendlich grausamen Kriegs-Zustandes, der sich seit letztem Jahr noch einmal zugespitzt hat, der wohl bislang mehr als 50000 palästinensischen Menschen und zahlreichen israelischen Menschen, der in einer weitestgehenden Zerstörung der Städte und Dörfer zur Folge hat, nicht abzusehen ist. Und weil ich vermute, dass auch mit der völligen Vertreibung der palästinensischen Menschen kein Frieden in Nahost sein wird. Noam Chomsky liefert eine ernsthafte, belastbare, inhaltliche Grundlage für das Verständnis und die eigene Meinung und warum es wichtig ist, über seinen eigenen Beitrag im Bemühen für den Frieden der Menschen in Israel und Palästina und der ganzen Region Nahost nachzudenken.

Verlag:

Nomen Verlag, Frankfurt a.M.

Erscheinungsjahr: 2018 (3. Auflage 2021)

Originaltitel: *Middle East Illusions*

Übersetzung: Deutschsprachige Ausgabe mit aktuellen Vor- und

Nein zu den Kürzungen!



Der ver.di Ortsvorstand hat sich intensiv beschäftigt mit dem „Sparhaushalt“ der Stadt und mit dem Katalog der Grausamkeiten für die Beschäftigten, der damit verbunden ist. Personaleinsparungen, verschobene

Investitionen, Mehrarbeit und höhere Belastungen sind für die Kolleginnen und Kollegen nicht akzeptabel. Nach der Diskussion war klar: Wir müssen uns wehren!

Der Protest der Beschäftigten ist notwendig und dürfte weitergehen. Da vom Katalog der Grausamkeiten schon sehr bald auch Bürgerinnen und Bürger betroffen sein werden, könnten die Kundgebungen bald größer werden. Hoffentlich! Statt den Reichtum der wenigen zu pflegen, setzen wir darauf, unsere Stadt und das solidarische Zusammenleben zu verteidigen.

W. Lutz



Flugblatt der IGM Erlangen



V.i.S.d.P.: DKP Parteivorstand Hoffnungsstraße 18 45127 Essen

 Die
DKP - Erlangen
trifft sich regelmäßig
vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dgp-erlangen.de
www.dgp-erlangen.de

DAS ORIGINAL: DER ROTE KANAL AUF YOUTUBE
 KOMMUNISTEN.TV

Wichtige Adressen

Wahlverein Erlanger
Linke

<https://erlanger-linke.de/>

Erlanger Bündnis
für den Frieden www.frieden-erlangen.de

Friedenspolitischer Ratschlag
Kassel

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html



UZ

KOSTENLOS TESTEN!

unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

